

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Redaktion: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261. Expedition: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261. Inserate werden die 7spaltige Zeitspalte mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Werbeanzeigen. Insetrate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 11. Dresden, Montag den 14. Januar 1918. 29. Jahrg.

Bewegte Beratungen in Brest-Litowsk.

Besprechungen beim Kaiser. — Neue alldeutsche Hezereien. — Uneinigkeiten in der Entente.

Was geht vor?

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowsk brachte nach erregten Auseinandersetzungen eine gewisse Beruhigung. Es mußte abgewartet werden, ob es dem Staatssekretär v. Kühlmann gelingen werde, nimmere die Verhandlungen mit den russischen Vertretern erfolgreich fortzuführen. Die alldeutsche Kampfbrosche verminderte die übliche Skepsis ihrer Angriffe und stützte Herrn v. Kühlmann das Zeugnis aus, daß er mit mehr Entschiedenheit den deutschen Standpunkt wahrte. Umgekehrt war die Sozialdemokratie zunächst in der Lage, eine abwartende Haltung einzunehmen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellte in seiner Mitteilung der Reichstagsdebatte vom 19. Juli 1917 die Forderungen für die Lösung der Lehren aus, durch die vor allem die völlig loyale Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und die Abkehr von Vergewaltigungsplänen notwendig festgelegt wurden.

Nach kurzer Frist der Entspannung scheint die politische Luft von neuem aufzubrechen, und zwar in großer Heftigkeit und voll schmerzlicher Entscheidungen. Hindenburg und Ludendorff, ferner der Kronprinz sind nach Berlin berufen worden zu Unterredungen mit dem Kaiser und Reichskanzler. Nach einer Meldung der Deutschen Zeitung ist auch der Staatssekretär v. Kühlmann aus Brest-Litowsk in Berlin eingetroffen. Es haben am Sonntag wichtige Beratungen stattgefunden. Am heutigen Tage soll eine größere Konferenz unter Leitung des Kaisers, eine Art Kronrat, stattfinden, in der sehr bedeutsame neue Entscheidungen fallen werden.

Die Deutsche Zeitung redet von Gerüchten über die "neue Verwendung" Kühlmanns und die konterrevolutionären Blätter haben erneut ihre Angriffe gegen den verhassten Kühlmann aufgenommen. Das genannte sehr schmerzliche Blatt berichtet jetzt auch im Wilde eine Mitteilung gegen den ersten Friedensbeauftragten der Reichsregierung, wie sie so regelhaft selbst von dieser Seite noch nicht bekannt ist. In dem illustrierten Beiblatt der Deutschen Zeitung erscheint auf dem Titelbild Bismarck als feinerer Gast, der in Brest-Litowsk die Kühlmannen angibt, unter die Tischse scheucht. Dieser andern Seite desselben Blattes werden "Zeitgenossen" vorgeworfen: in der Mitte "unser Hindenburg", "unser Kaiser", neben ihm hier Kühlmann, dort Czernin, "unser alte geistige Modemantel einherziehend. So arbeiten die kühnsten Deutschen und zuverlässigsten Monarchisten an der Festigung der Autorität des vom Kaiser für die Friedensverhandlungen bestimmten Staatsmannes.

Doch diese alldeutschen Nebenerörterungen des inneren Kampfes mögen auf sich beruhen. Politisch bedeutsam ist die Entscheidung, welche Ratsschlüsse von den beiden Oberbefehlshörern dem Kaiser erstattet werden, und wie sich der Reichskanzler zu diesen Ratsschlüssen stellen wird. Der einige Zeit gemindert erschienene Konflikt zwischen Hindenburg-Kühlmann tritt von neuem hervor und scheint zur Entscheidung zu drängen. Es handelt sich dabei zunächst um die Regelung der östlichen Fragen. Es ist aber möglich, daß die letzten Reden von Lord George und Wilson auch hinsichtlich der westlichen Fragen der Streit der Aufstellungen zur Entscheidung treibt.

Geradezu sensationell sind die Mitteilungen, die das Tageblatt über eine "neue Wendung in der politischen Frage" macht. Das Blatt schreibt:

"Man hat offenbar, wenigstens in Berlin, die austroungarische Lösung aufgegeben. Dabei scheinen nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Gründe miteingewirkt zu sein. Militärische insofern, als man sich in Litauen jene soviel wertvolleren Sicherungen schaffen will, wirtschaftliche, indem man eine Angleichung der industriell wertvollen Bezirke Polens an Verden eintritt. In Betracht kommen dabei die polnischen Bezirke Gdansk, Elbing, Danzig, Warschau und Ostpreußen. Diese sind die Bezirke, die einen ganz beträchtlichen Teil der russischen Produktion ausmachen, in einer zweiten beträchtlichen Dienstleistung für das oberste Wirtschaftsglied bezeichnen werden. Dieses Oppolner Gutachten ist Gegenstand lebhafter Beratungen in den leitenden Regierungskreisen. Eine Angleichung Polens mit Oesterreich-Ungarn dürfte also — nach der neuen Wendung der Dinge — endlich nicht mehr in Erwägung gezogen werden. Dies dürfte auch auf die Wahl des russischen Königs nicht ohne Einfluß bleiben.

Sollten sich diese Mitteilungen bewahrheiten, so böte sich ein wahrhaftes revolutionäres Schauspiel. Seit Jahresfrist konnte die Reichsleitung ihre Kriegsziele überlegen und leitete hier und da Verhandlungen mit den Russen in Brest-Litowsk. Man sollte meinen, daß völlige Klarheit über das zu erreichende Ziel längst erreicht sein muß. Da plötzlich soll alles wieder in Frage gestellt werden, ein ganz anderer Plan wird in den Vordergrund geschoben, ein

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(B. L. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz, Rupprecht: Die Feuerkräfte blieben tagsüber mehr auf Stützpunkten beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders westwärts von Lens, war sie am Abend gesteigert.

Aufklärungsbeobachtungen drangen südlich von Arras und nördlich von Valenciennes in die englischen Gräben und machten Gefangene.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Abgesehen von einzelnen Ortungsgeschichten in der Gegend von Valenciennes und auf dem Westufer der Maas, verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Mazedonische Front.

Westlich vom Ochrida-See, am Dobrupasse und südwestlich vom Tezran-See Artillerietätigkeit.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Plan, dessen Durchführung einen guten und dauernden Frieden mit Rußland unmöglich machen würde. In der alldeutschen Presse aber wird mit allen Mitteln darauf hingearbeitet, daß nun auch im Westen die "nötigen Sicherungen" unbedingt durchgeführt werden sollen. Großadmiral v. Tirpitz ist fleißig am Werke, um die Reichspolitik in diese Richtung zu ziehen. In einer Sitzung seiner Vaterlandsleute, die am Sonntag in Berlin stattfand, sprach er von der "Gefahr eines ungenügenden Friedens im Westen", die von der "außerordentlich gefährlichen Friedensoffensiven unterer Feinde" drohe. "Ausreichende Sicherungen" müßten erreicht werden. Mit Hoch auf Hindenburg und Ludendorff — nicht, wie sonst üblich, auf den Kaiser! — schloß die alldeutsche Veranstaltung.

Es wird sich bald zeigen, ob es dem erneuten Ansturm der Militaristen und Eroberungsstrebenden gelingen wird, den Kurs der Reichspolitik umzuwerfen. Der Vorwärts spricht bereits mit Recht von einer "Jagdpolitik". Eine solche Politik ist schon in früheren Friedenszeiten überaus ungünstig für Deutschland gewesen. In der jetzigen Zeit würde sie geradezu verwerfliche Wirkungen nach sich ziehen müssen. Das ganze deutsche Volk ist froh darüber, daß auf Grund seiner gewaltigen Opfer und Leistungen die Kriegslage sich recht günstig gestaltet hat und daß damit die Möglichkeit eines guten Verständigungsfriedens mit den Feinden, die zuvor uns zu zerschmetterten drohten, näher rückt. Läßt man sich aber durch die günstige Lage auf den Kriegsschauplätzen zur Er-

oberungspolitik verführen, so werden alle Friedensmöglichkeiten auf unabsehbarer Zeit aufhören gemacht und in den inneren Verhältnissen Deutschlands könnten schwere Konflikte nicht ausbleiben!

Der Vorwärts schreibt:

"Es besteht in diesem Augenblick keine Möglichkeit, diese Gerüchte nachzuprüfen, sie sind wahrscheinlich zum mindesten verfrüht. Doch sie aber ausstauden und geglaubt werden konnten, ist ein Zeichen der Zeit, an dem man nicht achtlos vorbeigehen kann. Denn es würde sich dabei um eine fundamentale Veränderung unserer politischen Verhältnisse handeln, die auch auf die Arbeiterklasse nicht unwirksam und sie über kurz oder lang vor die Konventionen neuer Entschlüsse stellen würde. Biers erste ist der Zustand der tiefgreifenden politischen Unsicherheit und Zerfahrenheit zu beklagen, der wieder einmal eingerissen ist. Man wird nicht wieder, wie bei der Michaelis-Krise, die Demokratie und besonders die Sozialdemokratie beschuldigen können, daß sie diesen Zustand herbeigeführt habe. Die Zusammenhänge liegen diesmal zu klar zutage.

Mit der Bildung einer festen Reichstagsmehrheit schien ein Zug der Festigkeit und Stabilität in unsere Verhältnisse zu kommen, der auf die allgemeine Volkstimmung stärkend wirkte. Wir wissen nicht, wieviel von diesem wertvollen Kapital noch vorhanden ist, aber wir wissen genau, wer — ohne Rücksicht auf die unabsehbaren Folgen — es zu vertun und zu verwüsten mit allen Kräften bestrebt ist. Das sind die Alldeutschen und die Vaterlandspartei.

Soffentlich läßt die Auffklärung über die Vorgänge der letzten Tage nun nicht lange mehr auf sich warten. Das Volk will doch wenigstens wissen, woran es ist!"

Das Berliner Tageblatt führt aus:

"Sollte die 'gewalttätige Gebietsveränderung' — im Osten und dann wohl auch im Westen — zum Ziel erwählt, sollte die Teilung Polens beschlossen, die ganze bisher verfolgte Politik ungeworfen werden, so würde nicht nur der Staatssekretär, sondern natürlich auch der Reichskanzler den dringenden Wunsch verspüren müssen, sich zurückzuziehen. Denn ein Staatsmann kann, um es zu wiederholen, unmöglich eine Politik plöblich für möglich halten, die ihm selbst noch als eine Schädigung der deutschen Zukunft, als ungesund und höchst bedrohlich erachtet. Dann wäre es aber auch das einzige Richtige, die hohen militärischen Persönlichkeiten, die jetzt eine Entscheidung herbeiführen, an die Spitze der Regierung zu stellen. Es ist ein ganz unhaltbarer Zustand, wenn neben demjenigen, der verantwortlich regiert, ein anderer steht, der herrscht."

Beratung der territorialen Fragen.

Räumungs- und Selbstbestimmungs-Probleme.

Brest-Litowsk, 13. Januar. Die am 11. d. M. konstituierte deutsch-österreichungarische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. und 12. d. M. drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Zunächst wurde festgestellt, daß an einer Stelle des abzuscheidenden Friedensvertrages die Vereinbarung des Kriegszustandes zwischen den kriegführenden Teilen ausgesprochen werden soll. Tagelang schloß es Herr Trojtski ab, anschließend hieran auszusprechen, daß die vertraglichenden Teile entschlossen seien, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben. Herr Trojtski fand, daß dies eine deklarative Phrase sei. Es wurde beschlossen, auf den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurückzukommen. Im weiteren Verlaufe der Besprechung wurde festgestellt, daß Einvernehmen darüber herrsche, die Räumung der von den beiden Kriegführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Gegenseitigkeit zu stellen. In einem späteren Stadium der Verhandlungen wurde Verzicht auf diesem Zusammenhang geltend, da es nicht leichtglaubiger Teil sei.

Es kam sodann die Frage zur Besprechung, in welchem Zeitpunkt die Räumung

der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an den Zeitpunkt zu knüpfen, in welchem nach Friedensschluß Rußland seine Streitkräfte demobilisiert haben werde. Herr Trojtski sprach demgegenüber den Wunsch aus, die Räumung der besetzten Gebiete parallel mit dem Verzicht der besetzenden Demokratie durchzuführen. Nach einem Hinweis des Herrn v. Kühlmann darauf, daß nach dem russischen Vorschlag die Räumung der besetzten Gebiete sich bis zum An-

schluß des allgemeinen Friedens hinauszuziehen müsse, wurde die Beratung über diesen Punkt abgebrochen.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete sich diese Räumung zu erstrecken habe. Hierzu äußerte der Staatssekretär v. Kühlmann aus: Wie aus der Delegation der Räumung hervorgeht, erstreckt sie sich nicht auf diejenigen besetzten Gebiete, die nach Teile des Staatsgebietes derjenigen Mächte sind, mit welcher der Frieden geschlossen wird. Auf solche Gebiete, die bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bilden, erstreckt sie sich nicht. Es würde also in eine Untersuchung eingutreten sein, ob und welche Teile des ehemaligen russischen Staatsgebietes bei Eintritt des Friedens noch als zum russischen Gebiete gehörig betrachtet werden können. Wir behaupten, daß in Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in einem Teile der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto bestehenden Adressaten das Selbstbestimmungsrecht ausgeübt haben, so daß diese Gebiete nicht mehr als zum russischen Reiche in jenem ehemaligen Umfang gehörig betrachtet werden können.

Darauf erklärte Herr Trojtski: Wir können die Anwendung dieses Prinzips der Selbstbestimmung nicht anders anerkennen, als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Auffassung des Vorsitzenden der deutschen Delegation ablehnen, die dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch tatsächlich bestehende Organe ausdrückt. Denn diese tatsächlich bestehenden Organe können sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Aufgrund an dem prinzipiellen Ausführungen entwickelte sich eine lange Debatte. Staatssekretär v. Kühlmann er-